

Pressemitteilung

AOK-Analyse: Pflegekosten im Heim in Bayern im Schnitt um gut 16 Prozent gestiegen

AOK Bayern fordert Begrenzung der Eigenanteile

München, 16. Januar 2024

Die finanzielle Belastung von Pflegeheim-Bewohnern ist erneut deutlich gestiegen. Im Vergleich zu Ende 2022 gab es bei den pflegebedingten Zuzahlungen in Bayern einen Anstieg von 16,3 Prozent (bundesweit plus 19,2 Prozent). Insgesamt kletterte die durchschnittliche finanzielle Gesamtbelastung von Pflegeheim-Bewohnern auf 2.181 Euro im Monat (Bund: 2.267 Euro) – ein Plus von knapp 12 Prozent gegenüber 2022 (Bund: 10,9 Prozent). Dies zeigt eine aktuelle Auswertung des wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO). Damit ist die finanzielle Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner trotz der Einführung von Zuschlägen zur Begrenzung der pflegebedingten Eigenanteile weiter gestiegen.

„Die Pflegeversicherung leistet mit den nach Wohndauer gestaffelten Zuschüssen bereits einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Pflegeheim-Bewohner. Allerdings zeigt die Auswertung, dass wir weitere wirksame und nachhaltige Lösungen zur Begrenzung der steigenden Eigenanteile brauchen“, sagt Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern. Eine Entlastungsmöglichkeit sieht Stippler bei den Ausbildungskosten, die bisher den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden. „Es ist nicht einzusehen, warum die Kosten für gesamtgesellschaftliche Aufgaben bei den Pflegebedürftigen abgeladen werden, statt sie aus Steuermitteln zu finanzieren“, betont Stippler.

Eigenanteil für Pflege im Schnitt bei 964 Euro im Monat

Die Eigenanteile in der stationären Pflege setzen sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen: Neben den Kosten für Unterkunft und Verpflegung so-

wie Investitionen gibt es auch einen Eigenanteil bei den pflegebedingten Kosten, der von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtung selbst bezahlt werden muss. Um diesen pflegebedingten Eigenanteil zu begrenzen, wurden Anfang 2022 nach Wohndauer gestaffelte Zuschläge eingeführt. Die aktuelle Analyse zeigt, dass die Pflegeheim-Bewohner Ende 2023 trotz eines durchschnittlichen Zuschlags in Höhe von 618 Euro im Monat immer noch 964 Euro selbst für die Pflege zuzahlen mussten. Dazu kommen im Schnitt 827 Euro für Unterkunft und Verpflegung sowie 389 Euro für Investitionskosten.

Pflege-Zuschläge dämpfen Anstieg der Eigenanteile nur teilweise

Zum Jahresbeginn sind die Zuschläge für pflegebedingte Aufwände, die von den Pflegekassen gezahlt werden, angehoben worden: Für Pflegebedürftige, die bis zu einem Jahr in einer vollstationären Pflegeeinrichtung wohnen, steigen sie von 5 auf 15 Prozent. Bei einer Wohndauer von einem Jahr bis zu zwei Jahren gibt es eine Anhebung von 25 auf 30 Prozent, bei zwei bis drei Jahren von 45 auf 50 Prozent und bei einer Wohndauer ab drei Jahren von 70 auf 75 Prozent. Eine Prognose des WIdO macht allerdings deutlich, dass die Anhebung der Zuschläge den Trend zu immer höheren finanziellen Belastungen für Pflegeheim-Bewohner allenfalls abschwächen, aber voraussichtlich nicht stoppen wird.

Große regionale Unterschiede bei Pflegekosten

Die WIdO-Analyse zeigt auch deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern bei den finanziellen Belastungen für Pflegeheim-Bewohner. Während die Gesamt-Zuzahlungen Ende 2023 im Saarland bei 2.640 Euro pro Monat lagen, waren es in Sachsen-Anhalt lediglich 1.800 Euro. Zum Vergleich: Bayern kommt auf 2.181 Euro – und belegt damit einen der mittleren Plätze.